

Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark auswärts 5.00 Mark.

Redaktion: Halle, Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 86.

Halle, Donnerstag, den 20. Februar.

1919.

Besserung der Lage im Westen.

Clemenceau — „der Feind der Menschheit“. — Prinz Joachim, ein Kaisersohn, in München verhaftet!

Die Besonnenheit gewinnt die Oberhand.

Paris, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Nach zweiwöchiger gefährdender Gärung scheint die Besonnenheit die Oberhand zu bekommen.

er beobachtet hatte, daß das Haus Clemenceaus bewacht werde, entschloß er sich, in einer gewissen Entfernung davon den Aufschlag auszuführen.

Über das Weiterbestehen der Arbeiterräte.

Von Dr. Mugdan.

Der heilige Streik, der zuletzt zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien über die Beibehaltung der Arbeiterräte entflammte, ist, gegenwärtig, abgeklungen.

Das Befinden Clemenceaus.

Paris, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber Clemenceaus Zustand wurde folgender Bericht ausgegeben: Der Ministerpräsident erhielt einen Schuß durch die rechte Rippenseite in die Unterleibsgegend, ohne Verletzung der Eingeweide.

Außer den unabhängigen Sozialdemokraten und den Spartakisten ist wohl jedermann überzeugt, daß nach dem Zutritt der Nationalversammlung die Arbeiterräte nicht mehr ihre Tätigkeit, die Regierung und Verwaltung zu beaufsichtigen, fortsetzen können.

Die Opfer von Elberfeld.

Elberfeld, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie jetzt festgestellt, haben die letzten Unruhen in Elberfeld insgesamt 2 Menschenleben gefordert, darunter eins von den Regierungstruppen.

Ein Appell an die neutralen Ärzte.

WTB. Berlin, 20. Februar. Die schwedische Ärztegesellschaft hat im Aufschluß an einen von Prof. Johansson über die Lebensmittelpolitik in Deutschland (auf Grund persönlicher Information) erstatteten Bericht beschlossen, durch die amerikanische Gesellschaft in Stockholm ein Schreiben an Wilson zu richten, in dem seine Aufmerksamkeitsleistung auf die herrschenden Zustände und ihre verhängnisvolle Wirkung gelangt wird.

Die Zahl der Streikenden im Westen.

Münster, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die durch die Spartakisten erzwungene Arbeitseinstellung der Bergarbeiter im Ruhrgebiete hat nicht den großen Umfang angenommen, wie er gestern vom Bergbauern in Offen unter Hinweisung aufgegeben wurde.

Schnellste Bildung eines stehenden Heeres.

Berlin, 20. Februar. Der durch die Revolution hervorgerufene Zusammenbruch unseres Heeres läßt sich, wie die Ereignisse im Osten und namentlich im westdeutschen Industriebezirk beweisen, von Tag zu Tag bitterer.

Die Verhaftung des Prinzen Joachim bestätigt sich!

München, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Der Sekretär des Ministerpräsidenten machte im Kongreß die Mitteilung, daß Prinz Joachim von Preußen, der sich im Hotel Bayerischer Hof unter dem Namen eines Grafen Metz verheißelt, verhaftet worden ist, weil er im Verdachte steht, mit den Unruhmärgeln in Zusammenhang zu stehen.

Frankreich fordert sämtliche Zeppelinluftschiffe.

Paris, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) „Greller“ macht Frankreich heute in den neuen Waffenstillstandsbedingungen die Abschaffung sämtlicher deutscher Zeppelin-Luftschiffe, welche in Danzig, Kamer, Metz und an dem Rheinstrom untergebracht werden sollen.

Zum Attentat auf Clemenceau.

Paris, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Urheber des Anschlages auf Clemenceau, Cottin, ist 1896 geboren und französischer Nationalität. Er erkrankte, er sei ausgeprägter Anarchist und habe schon vor ungefähr sechs Monaten daran gedacht, den Ministerpräsidenten zu töten, da er ihn für den größten Feind der Menschheit halte.

Joch im Besitz der Bedingungen.

Paris, 19. Februar. (Hanns.) Gleichwohl des Waffenstillstandes wird bestätigt, daß Joch jetzt im Besitze der militärischen und maritimen Bedingungen ist, die Deutschland in dem demütigsten bevorstehenden Waffenstillstandsvertrage anerkennen werden sollen.

Die Arbeiterräte könnten deshalb, wenn man will, unter Beibehaltung ihres Namens, zu Arbeiterkammern — mindestens eine für jeden preussischen Regierungsbezirk und dergl. — umgeformt werden; die Wahl könnte, wie jetzt, stattfinden.

Die Arbeiterräte könnten selbständige Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter ihres Bezirkes anstellen, sie könnten eine gewisse Aufsicht über das gewerbliche und landwirtschaftliche Fortbildungswesen und über die Ausführung der Arbeiterausbildung erhalten, und sie könnten mit der Gewerbeaufsicht in eine Verbindung gebracht werden, sie könnten bei der Regelung und Durchführung des Arbeitenschutzes mitwirken, und sie müßten befugt sein, Maßnahmen zur Beseitigung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zu veranlassen und in dringenden Fällen — nach Begehren mit der zuständigen Behörde — selbst auszuführen.

alle müßten auch das Recht haben, selbständige Anträge an die Volkswirtschaften, Staats- und Gemeinbewerke zu stellen.

Die Aufgaben der Angestelltenräte wären die gleichen für die Angestellten, und wenn es sich um Erledigung von Aufgaben handelt, an denen Arbeiter und Angestellte beteiligt sind, müßten Abgeordnete der Arbeiterräte und Angestelltenräte zusammen tagen dürfen.

Zur Vorbereitung und Belieferung wirtschaftlicher Kämpfe könnten aus Abgeordneten der Arbeiterräte — oder der Angestelltenräte — und Abgeordneten der Unternehmerkammern Einigungsämter gebildet werden.

Das sind Gedanken, die vielleicht ein Weiterbestehen der Arbeiterräte ermöglichen, ohne schwere neue Kämpfe herbeizuführen.

Die Heerschau des Bundes der Landwirte

D. P. K. Die diesjährige Heerschau des Bundes der Landwirte war trotz aller großen Worte, an denen es nicht fehlte, auf einen pessimistischeren Ton gestimmt als sonst. Der Vorsitzende, Herr v. Wangenheim, bedauerte, daß manche agrarischen Führer glaubten, die Zeit sei gekommen, sich der „liberalen Demokratie“ (1) anzuschließen. Der neue Bundesdirektor Dr. v. Holtmann ist nicht, und das war besonders bedauerlich, die Deutschnationalen Volkspartei an, weil diese für die deutsche Nationalparlamentarismus wie auch für die preussische Landesparlamentarismus einen ganz kleinen Bruchteil der alten erfahrenen, berühmten Parlamentarier an ihrer Stelle aufgestellt habe. Diese Maßnahme habe großen Unwillen hervorgerufen und viele ländliche Besitzer hätten aus diesem Grunde die Liste der Deutschnationalen Volkspartei nicht gemacht. Es ist schade, daß Herr v. Holtmann verfehlt, hinaufzuführen, welche Liste denn nun von diesen vorzüglichen Besitzern gewählt worden ist. Sollten sie in ihrem Zorn gar zur Sozialdemokratie gegangen sein? Das würde ein interessantes Schlaglicht werfen auf manche Vorgänge innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei!

Daß die Herren vom Bunde der Landwirte mit Trauer des vergangenen monarchischen Systems gedachten, nehmen wir ihnen weiter nicht übel. Aber auch Herr v. Odenburg-Januschan, an dessen ehrlich royalistischer Meinung wir nicht zweifeln, sollte nicht, daß jeder Versuch, die Monarchie wiederherzustellen, von vornherein zur Ausschließung verurteilt ist, ja, daß er in Siedren und Bürgerkrieg enden müßte. Das mag den Herren schwer werden zu lernen — auch nicht außerhalb des Bundes der Landwirte ist es schwer geworden — heute heißt es aber nicht romantischen Träumen nachzugehen, sondern sich auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen. Seine Streikbewegung hat sich der Familienarbeit wohl nicht genügend überlebt. Daß er damit dem Bunde der Landwirte wieder einmal einen Stempel drückt, werden ihm die Besonnenen unter seinen Freunden wohl schon Mitleid haben.

In übrigen: Die politische Bedeutung des Bundes der Landwirte ist zu Ende. Eine neue Zeit ist angebrochen, in der andere Faktoren unter politischen und wirtschaftlichen Leben beherrschend werden!

Ein Matrosenputsch in München.

München, 19. Februar. Vor dem Landtagsgedäude, wo am Freitag der Matrosenputsch, dessen Teilnehmerzahl auf etwa 400 Mann, zu denen sich auch Pioniere stellten. Einige Matrosen drangen in den Eingang des Landtaggebäudes und warfen Handgranaten. Die im Gebäude befindliche Wache konnte zwei Personen nicht verhindern. Im Hinterhof, der trotzdem weiterlag, wurde mitteilt, daß der Hauptstabschef, das Kommandant, das Polizeipräsident und die Stadtmagistranten aus Wilhelmshafen gekommen seien. Der Stadtmagistrant, der Polizeipräsident und der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet. Das Gebäude wurde bald wieder befreit und die Verhafteten in Freiheit gesetzt. Der Sekretär des Ministerpräsidenten machte im Anzuge die Mitteilung, daß der Prinz Joachim von Preußen, der sich in München unter dem Namen eines Grafen Berg aufhält, verhaftet worden ist, weil er im Verdacht stehe, mit den Matrosen im Zusammenhang zu stehen. Der Führer der Matrosen wurde ebenfalls verhaftet. Die an dem Putsch beteiligten Matrosen lieferten dann ihre Waffen freiwillig ab. Die Regierung hat die notwendigen Maßnahmen getroffen, um den Putsch zu verhindern.

Der Münchener Putsch von Unabhängigen unterstellt.

München, 18. Februar. Seit gestern ist ein Umsturz eingetreten. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von dem am Sonntag vormittag dort eingetroffenen terroristischen Soldaten befreit. Die Eingeworfenen hatten in veränderter Weise gekauft, Schätze und Kiste erbrochen und ihren Inhalt herausgeworfen. Sämtliche Akten und Schriften über Unterdrückung der Kriegesopfermengen liegen zerissen am Boden. Die Unterdrückungsgelder, 60 000 M. etc., sind verschwunden. Verhaftete Personen, die Lebensmittel aus den Befänden dieser Depots veruntreut hatten, sind befreit worden. Man hebt den Verdacht, daß der Putsch u. a. aus der Beteiligung des gegen die Verhafteten angestellten Lebensmittel als dienen sollte. Gestern Abend fanden zwischen den Unabhängigen und den Reichssozialisten Verhandlungen statt. Die Führer der ersten erklärten, daß es ihnen fern gelegen habe, einen Putsch zu veranstalten, schätzten aber nicht, daß Unabhängige den Putsch unterstützen hätten und nicht davon zurücktreten. Als Ergebnis der Verhandlung wurde ein gemeinsames Manifest erlassen, das auf heute vormittag einberufenen Massenversammlung war von 30 000 Teilnehmern aus. In den Fabriken hatten die Arbeiter und Angestellten zum Zeichen der Arbeit eingestellt. Die Demonstranten zogen in geordneten Zuge nach dem Generalkommando und protestierten gegen den Putsch.

Die großen Streiks im Westen.

Die Forderungen der Spartakisten in Herne. — 40 Prozent der Belegschaften im Ausstand. Die Eisenbahnverbindung mit Spa unterbrochen.

Maschinengewehrfeuer in Herne.

Herne, 20. Febr. (Privattelegramm.) Gestern Abend kam es hier verheerend zu Unruhen. Auf der Zeche „Saarhof“ erzwangen die Spartakisten die Freilassung ihres Führers, der in der vorerwähnten Nacht von der Schutzwehr verhaftet worden war. Gestern nachmittag fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, in der die Spartakisten die Wagnahme der Maschinengewehre vom Rathausportal verlangten. Der Leiter des Soldatenrats lehnte nach der „Herne Zeitung“ Verhandlungen hierüber ab. Wodurch die Menge zum Rathaus drängte, setzte Maschinengewehrfeuer ein. Die Schüsse gingen über die Köpfe der anstehenden Menge hinweg. Als die Sicherheitskräfte nach auswärts gelang, gelang es ihr, die Menge zurückzudrängen und zu zerstreuen.

Die Zahl der Streikenden.

Essen (Ruhr), 19. Februar. Die Streiklage hat sich heute wenig verändert. Die Zahl der Streikenden, welche gestern noch 30 000 betrug, liegt heute auf etwa 35 000. Die Zahl der zum Streik betroffenen Beschäftigten beträgt etwa 40 gegen etwa 60 gestern. Insgesamt sind im Ruhrgebiet 250 Schichtanlagen vorhanden. Die Gesamtbelegschaft betrug Ende Januar 450 000 Mann. Auf den vom Streik betroffenen Betrieben waren heute im Ruhrlande 70 Prozent der Belegschaften, von der Gesamtbelegschaft des Ruhrreviers etwa 25 Prozent.

Ausruf des Generalkommandos.

Münster, 19. Februar. In Flugblättern, die das Generalkommando des VII. Armeekorps im Industriegebiet anhängen ließ, heißt es: Gewalttaten und Angriffe der Spartakisten in fast allen Städten des Industriegebietes. Regierungstreue Arbeiter werden gedrängt, die Mittel ihrer zum Teil fehlgeschlagenen, Spartakisten eingeleitet. Regierungstreue Volksgenossen sind ermahnt, entwaftent, Banken geschlossen und Sparkassen bedroht werden. In Düsseldorf ist jede persönliche Freiheit unterbunden. In Dortmund werden beim Kampf gegen Regierungstruppen Explosivstoffe angewendet, in der für die Unterbringung der Truppen vorgesehenen Schule wurden Minen

Die Reichsregierung stellt die Vertrauensfrage.

Berlin, 20. Februar. Im Anblich an die Generaldebatte über die allgemeine Politik wird am Freitag eine vernehmliche Abstimmung über die Stellung der Nationalversammlung zur Regierung stattfinden. Die Reichsregierung fordert ihre Mitglieder auf, bei dieser ersten namenhaften Abstimmung und Vertrauensabstimmung möglichst vollständig zur Stelle zu sein.

Spartakus plündert Lebensmittellager.

Hannau, 19. Februar. In den gestrigen Abendstunden drangen in Hannau mehrere hundert Personen, meist junge Arbeiter und Frauen, in das Lebensmittellager des Stadt- und Landrats Hannau und plünderten es verheerend aus. Der Wert der geplünderten Lebensmittel wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt. Durch diese Plünderungen ist die geregelte Lebensmittelversorgung der Stadt- und Landbevölkerung auf Wochen hinaus ernstlich in Frage gestellt.

Deutschlands militärische Stärke.

London, 19. Februar. Reuters Sonderberichterstatter meldet aus Paris vom 18. Februar. Der Hauptvorschlagn, der den in Jodo Militärberatern stehenden Waffenstillstandskommissionen vorgelegt wurde, habe die Forderung der militärischen Stärke Deutschlands auf den Berichtstand, der ihm befohlen wurde, zum Ziele. Man verleihe, für die militärische Stärke ganz Europa eine dauernde Norm festzusetzen, auf die die alliierten Mächte nach Unterzeichnung des Friedens ihre militärische Stärke allmählich herabzulegen würden. Augenblicklich aber müsse man die Zahl der Truppen festlegen, die die Deutschen erhalten dürfen, und auf die es seinen Stand sofort zurückzuführen müßte. Zugleich mit der Herabsetzung im Hauptbestand und im Kriegsmaterial müßte auch eine entsprechende Verringerung der Reserve festgelegt werden. Dies müßte die Fortführung oder die Umwandlung eines gewissen Teiles seiner Ausrüstungswerte zur Folge haben. Die Alliierten hätten außerdem die Pflicht, auf der Entmilitarisierung gewisser deutscher Provinzen zu bestehen. Dies behauptet, daß es Deutschland verboten würde, in diesen Provinzen Truppen zu haben. Auf diese Weise könnte den französischen Forderungen bezüglich des linken Rheinufers und der Gleichzeitigkeit der Abgrenzung entsprechen werden. Ganz ist in der vergangenen Nacht in Paris eingetroffen. Es wird erwartet, daß die Vorschläge der Mitglieder der Waffenstillstandskommission zu Beginn der nächsten Woche für die Überzeugung an die Deutschen bereit sein werden.

Die weiteren Angriffe der Polen.

Berlin, 19. Februar. Nach dienstlicher Meldung der militärischen Kommandostellen hat eine polnische Abteilung von etwa 800 Mann sich am 18. Februar trotz des Waffenstillstandes eine am schlesischen Gebiet stehende Pforten angegriffen. Die Polen wurden zurückgeworfen. Auch an der ganzen Westfront wurde der Waffenstillstand durch die Polen gestört und auch noch heute gebrochen. Die ganze Gegend der Rastler Pforten wurde mit Artilleriefeuer durch die Polen belegt. Unsere Truppen an Scharbauung von Ratol und westlich Regzabawo erzählten Maschinengewehrfeuer.

Berlin, 20. Februar. Zur Polenfrage teilt der „Vorwärts“ mit, daß die unvermeidlich erste Lage im Kriegszustand und die Befürchtung, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen von den Polen nicht eingehalten werden, die Stadt Schneidemühl veranlaßt, sich durch Entsendung einer Abordnung zum Teilnehmer der Rastler Besatzung zu stellen zu lassen.

mit Zeitigung gelegt, in Essen und mehreren anderen Städten wurden von Spartakisten die Arbeiterlager der Regierung gestürzt. Da die städtischen Sicherheitswehren zum Teil versagten und mit den Spartakisten gemeinsame Sache machten, mußte die Reichsregierung ihre Truppen einschleusen lassen.

Starke Nachmittage der Spartakisten.

Die Lage im Ruhrrevier ist nach Berichten, die der Regierung zugegangen sind, noch ungünstiger und erschwerter für den Augenblick wenig günstiger. Essen ist jetzt die Hauptsitz der Spartakisten, die dort ihre Hauptkämpfe mit allen Mitteln verliert. Die Regierungstruppen befinden sich noch im Übermaß. Sobald es vollständig ist, wird mit einer schnellen Wendung der Dinge gerechnet. Die Eisenbahnverbindung nach Spa ist jetzt in Eisenfeld unterbrochen.

Spartakisten beschließen Vortrupp.

Münster, 19. Februar. Aus Neulinghausen wird gemeldet: Vortrupp wird durch Spartakisten mit Artillerie beschossen, Giffler wird von Münster aus entlaubt.

Bergleute gegen die wilden Sozialisierungsversuche.

Essen (Ruhr), 19. Februar. Die Zeitungsorgane der Bergarbeiterverbände, insbesondere der „Vergilnappe“ und die „Bergarbeiterzeitung“, haben in jüngster Zeit wiederholt scharf gegen die im Ruhrrevier von radikalen Elementen unternommen wilden Sozialisierungsversuche Stellung genommen. Auch unter den Bergleuten der Bergarbeiterverbände kennzeichnend, so hat eine Bergarbeiterversammlung der Zeche Dahlhausen-Elsbau zur Sozialisierungsfrage eine Entschließung angenommen, in der gegen die Sozialisierungsversuche von unten, die dieselben mit den Bergarbeiterverhältnissen wenig vertraut und nur durch die Revolution auf den Gedanken der Sozialisierung der Bergwerke gekommen sind, entschieden Protest eingelegt. Man erwartet, daß erst der Friede nach außen und innerhalb des deutschen Volkes hergestellt wird. Wenn dies geschehen ist, könne durch die Maßnahmen gesetzlicher Art der Bergarbeiter die Sozialisierung durchgeföhrt werden.

Von den Ministern wurde die Vorlage der in Frage kommenden Gebiete anerkannt und tatkräftige Hilfe in nahe Aussicht gestellt.

Einzelheiten zu dem Attentat auf Clemenceau.

Paris, 19. Februar. Ueber den Anschlag auf Clemenceau veröffentlicht „Gazette“ folgende Einzelheiten: Der Anschlag wurde in dem Augenblick vollzogen, als der Wagen des Ministerpräsidenten den von der Frankfurterstraße zum Boulevard des Capucines gebildeten Winkel passierte. Ein in einer Bedürfnisanstalt verkleideter Mann hüpfte gegen den Ministerpräsidenten ab und warf einen Schuß. Die Menge warf sich auf den Angreifer und es gelang schließlich, ihn festzunehmen. Später gab der Mann noch mehrere Schüsse ab und verwundete einen Soldaten. Nach der Schaulager wurde leicht verletzt. Der Angreifer gab an, er heiße Cottin und wohne in Compiegne. Der Postmeister des Quartiers nahm ein Verhör vor. Clemenceau ist von der Angel in den Oberteil des rechten Schenkelarterien getroffen worden. Die Wunde ist ziemlich tief. Es wurden keine inneren Organe verletzt. Das Allgemeinbefinden des Patienten ist gut.

Sendungen — die deutsche Gefangene nicht erreichen.

Berlin, 10. Febr. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die deutsche Unterkommission für Kriegsgefangene machte die Alliierten in einer Note darauf aufmerksam, daß sich unzureichende Hilfe bei der Besetzung von Gefangenen mit den deutschen Gefangenen in der Zeit seit dem Waffenstillstand an dem Tag der Tag vermindert. Besonders in Frankreich ist in hohem Maße Sendungen der deutschen Gefangenen ausbleiben. Die aus Deutschland nach Frankreich abgehende Post gelangte nicht an die Empfänger: Im Winter Folgegebäude liegen, wie die Note besonders hervorhebt, seit Dezember 1918 5000 Fälle mit Lebensmitteln, und die Gefangenen sind in den angeschlossenen deutschen Botschaften in französischer Kriegsgefangenenlagern schmerzenden Sägen. Dergeßlich seien die französischen Behörden um Gestellung von Gütern und Geldern gebeten, damit die Befürchtung preisgegeben werden Lebensmittel endlich an die Adresse der schließlich Sprechenden gelangen. Schon veranlaßt die Botschaft, aber noch immer sei keine Antwort eingegangen. Während der Zeit seit dem Waffenstillstand sind viele Gefangene in Belgien seit Beginn des Waffenstillstandes fast völlig ohne Hilfe aus England die Nachricht vor, daß den Gefangenen seit Mitte Dezember weder Briefe noch Geld noch von Deutschland abgeleitete Lebensmittel ausgeht werden, und daß den deutschen Gefangenen nicht mehr als 100 Briefe pro Tag in die Hand kommen. Die Note ermahnt die alliierten Regierung, die mehrfach zugelegten Schwierigkeiten im Postverkehr zwischen den deutschen Kriegsgefangenen und ihrer Heimat so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen.

Die amerikanischen-französischen Versöhnungen.

Paris, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Bilder Zeitung“ meldet aus politischen Kreisen der Schweiz, daß die vorerwähnte Abreise des Präsidenten Wilson aus Frankreich demokratisch gewirkt habe. Die umgebenen Gerüchte über steigende Meinungsverschiedenheiten über die bisherigen Konferenzergebnisse gemindert dadurch geworden. Man spricht von einer wachsenden Meinungsverschiedenheit in der amerikanischen-französischen Auffassung des Waffenstillstandes.



Freie Bahn der Demokratie in der Gemeindeverwaltung!

Der 2. März ruft uns zur Erfüllung unserer Pflicht für die **Stadtverordnetenwahlen**. Wiederrum steht uns ein harter Kampf bevor. Ein Kampf, in dem das **Bürgertum seine politische Reize** zeigen und in dem es helfen soll

das eigene städtische Heim

nach modernen politischen und sozialen Gesichtspunkten einzurichten.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Auch in der Stadtverwaltung heißt es, mit manchem Alten brechen und neue Bahnen wandeln. Die neue Zeit verlangt ihr Recht. Sie verlangt es auch in den **Amtsstuben der Gemeindeverwaltungen und in der Arbeit der städtischen Körperschaften.**

Bürgerliche Freiheit und Selbstverwaltung

sind die Träger unseres Gemeindelebens. Sie zu schützen und zu fördern muß uns heilige Pflicht sein. Dieser bürgerlichen Freiheit droht aber schwere Gefahr, wenn der **politische Wahn** der Sozialdemokratie zur ausschlaggebenden Herrschaft in der Gemeindeverwaltung gelangen sollte. Aus bürgerlicher Freiheit wird dann

rücksichtslose sozialistische Diktatur

und die Selbstverwaltung wird zum Tummelplatz sozialistischer Wirtschaftsexperimente, die den Zusammenbruch jeder städtischen Leistungsfähigkeit herbeiführen müssen.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Die Sozialdemokratie betrachtet die Wahlen zu den Gemeinde-Verwaltungen als ein **Mittel zur politischen Kraftäußerung**. Diesem politischen Ansturm müssen wir den

politischen Willen des Bürgertums,

geleitet von einem charakterfesten Verständnis für die Anforderungen einer neuen Zeit, entgegensetzen. Das unnötige Hineintragen von Parteipolitik in nicht politische städtische Fragen zu vermeiden, ist hierbei selbstverständliche Pflicht. Einen anderen Weg gibt es nicht, wenn wir Freiheit und Selbstverwaltung schützen wollen. Wollen wir aber beides **fördern und zeitgemäß ausbauen**, dann dürfen wir nicht am Alten kleben, sondern einem

neuen Geist auch in Halle die Tore öffnen.

Zur **Neugestaltung der Städteordnung** erheben wir deshalb folgende Forderungen:

- Allgemeines, gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht aller volljährigen Männer und Frauen, soweit sie bei Abschluß der Wählerlisten mindestens 6 Monate in Halle wohnen. Verhältniswahl.
- Beseitigung des staatlichen Bestätigungs- und Aufsichtsrechts. Eingreifen der Staatsaufsichtsbehörde nur bei Gesetzesverletzungen.
- Entschädigung der Gemeindevertreter für Gehalts- oder Lohnausfälle, die sie durch Teilnahme an der Gemeindeverwaltung erleiden.
- Umformung der Magistratsverfassung nach demokratischen Grundsätzen.
- Verantwortlichkeit aller städtischen Beamten (auch der Polizei) gegenüber der Gemeindevertretung.
- Alle städtischen Gesetze und Verordnungen (auch Polizeiverordnungen) bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung.

In der Bildungsfrage

ist das Ziel der Schulpolitik die **unentgeltliche, nicht konfessionelle, nationale Einheitschule**. Wir fordern Erziehung der Jugend zu bewußtem Deutschtum, staatsbürgerlichen Unterricht, Förderung der Heimatliebe und Kameradschaft durch Schülerwanderungen, Spielnachmittage. Weiter fordern wir Errichtung und Förderung von **Volksbüchereien und Lesesälen**, Vermehrung von **Volksvorkellungen** in den Theatern und Veranstaltung musikalischer Darbietungen.

Die Wohlfahrts- und Armenpflege,

müß von sozialem Verständnis durchzogen sein. Eine weitere **Individualisierung** der offenen Armenpflege unter stärkerer Mitarbeit der Frauen wird zur dringenden Pflicht. In der

Wirtschafts- und Sozialpolitik

wird insbesondere die Förderung des Verkehrswezens, der Ausbau der städtischen Straßenbahnen, Verbesserung der hiesigen Bahnhofsverhältnisse, sowie der Post-, Telegraphen- und Fernsprech-Einrichtungen eine ständige Sorge der Gemeindevertreter bilden müssen. Die Gemeindebetriebe sind zu Musterbetrieben auszugestalten.

Eine unabwiesliche Pflicht ist die Förderung aller Bestrebungen zur Erhaltung eines

leistungsfähigen Handwerker- und Gewerbestandes

Bei Vorausbung städtischer Arbeiten sind in erster Linie die **angesehenen selbständigen Handwerker** zu berücksichtigen.

Gegenstand einer besonderen Fürsorge muß die Betreibung einer gesunden

Boden- und Wohnungspolitik

und die tatkräftige Unterstützung des **Kleinwohnungsbaues** sein.

Nicht zu umgehen ist eine vollkommene Neuregelung der

städtischen Finanzwirtschaft.

Sie ist nach dem Grundsatz der **Steuerkräftigkeit** auszugestalten und jede finanzielle Belastung des Lebensmittelverbrauchs abzulehnen. Alle Sonderbesteuerungen und Sonderrechte einzelner Stände oder Gewerbe müssen fallen. Die Gewerbebetriebe, deren Ertrag im wesentlichen auf der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht, müssen entlastet werden. Die neue Zeit muß in der Finanzverwaltung durch deren Aufbau nach **kaufmännischen** Richtlinien Eingang finden.

So soll der Demokratie freie Bahn und in der Gemeinde-Verwaltung neues Leben geschaffen werden. Hieran mitzuarbeiten, rufen wir das Bürgertum auf.

Der Wahltag muß zur Wahlpflicht werden.

Vertrauen des Bürgertums zur Demokratie.

Vertrauen der Demokratie zum Bürgertum.

Beides ist notwendig, um den Wahlkampf mit Erfolg zu führen und dem Bürgertum den ihm gebührenden Einfluß in der Gemeinde-Verwaltung zu sichern. In diesem Sinne werden die von der „**Deutschen demokratischen Partei**“ aufgestellten Kandidaten als **Gemeindevertreter** wirken.

Der Vorstand und Wahlausschuß

der „Deutschen demokratischen Partei“ in Halle a. S.

Dr. Aderhalden, Emil, Geh. Med.-Rat. Bennemann, Willi, Handlungsgehilfe. Delius, Karl, Abgeordneter. Dr. Deutschlein, Max, Universitätsprofessor. Dobrnt, Karl, Werkmüller. Georg, Karl, Kaufmann. Gerhardt, Wilhe m, Schmied. Frä. Dr. Gosohe, Agnes, Schulvorsteherin, 1. Vorsitzende des Hallischen Frauenvereins. Helms, Karl, Chefredakteur. Herzfeld, Wolfgang, Justizrat. Kummer, Bäckermeister. Fr. Dr. Lange, Wohnungsinpektorm. Minner, Wilhelm, Oberingenieur. Plönnigs, August, Lehrer. Rammelt, Fritz, Freizeitobermeister. Schatz, Schmiedebelmeister. Dr. Schreiber, Walther, Rechtsanwalt. Schrecker, Margarete, Gewerkschaftssekretärin. Saulack, Paul, Fleischermeister. Steckner, Kurt, Bankier. Wendt, P., Stellmachermeister. Wohlleben, Max, Schlosser.